



## Wahlrechtsreform: Betrug am Wähler

CDU/CSU-Fraktion lehnt Vorschlag der Ampel ab

Die am Freitag mit der Mehrheit der Ampelkoalition beschlossene Wahlrechtsreform ist nach Einschätzung der CDU/CSU-Fraktion Betrug am Wähler. Die Koalition schafft sich ein eigenes Wahlrecht.

Der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz sprach in dieser Woche vom „Wahlrecht des betrogenen Wählers“. Er unterstrich, dass auch die Unionsfraktion „für eine nachdrückliche Verkleinerung des Bundestages“ eintrete. Dafür habe sie zwei eigene Vorschläge vorgelegt, die aber von der Koalition rundweg abgelehnt worden seien. Es wäre gut gewesen, wenn Koalition und Opposition die Reform gemeinsam verabschiedet hätten, sagte er.

Den vorliegenden Reformvorschlag der Koalition hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Abstimmung abgelehnt. Auch eine „verfassungsrechtliche Überprüfung“ hält Fraktionschef Merz für geboten.

„Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen alle Grundsätze unseres Wahlrechts“, betonte der Fraktionschef. Die Reform richte sich gezielt gegen die CSU, die bei

künftigen Wahlen in Gesamtdeutschland über die Fünf-Prozent-Hürde kommen müsse, obwohl sie nur in einem einzigen Bundesland – Bayern – zur Wahl antrete. Gelingen ihr das nicht, entfielen auch alle ihre in Bayern gewonnenen Direktmandate.

Das nun von der Ampel beschlossene Gesetz sieht zum einen vor, dass Direktmandate vom Zweitstimmenergebnis gedeckt werden müssen. Überzählige Mandate würden entfallen, wodurch auch einzelne Wahlkreise nicht mehr im Bundestag vertreten wären. Zum anderen können Parteien nicht mehr in den Bundestag einziehen, die mindestens drei Direktmandate erzielen, aber die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sprach von einer Missachtung des Wählerwillens, die zu Politikverdrossenheit führen werde. Er monierte: „Die Ampel schnitzt sich ein eigenes Wahlrecht“. Die Union sei bis zum Schluss gesprächsbereit gewesen. Auch Dobrindt hält die Überprüfung der Reform durch das Bundesverfassungsgericht für geboten. ■

### Besuch von der Friedrich Schiedel-Stiftung

Der Stiftungsvorstand und frühere Bad Wurzacher Bürgermeister Roland Bürkle war mit Kollegen der Friedrich Schiedel-Stiftung in Berlin und hat Josef Rief im Bundestag besucht.

Die Stiftung fördert schwerpunktmäßig Projekte der Jugend- und Altenhilfe in der Heimatregion des Stifters Friedrich Schiedel, dem Landkreis Ravensburg. Der in Baierz bei Bad Wurzach geborene Schiedel sah seinen unternehmerischen Erfolg auch als Ergebnis seines sozialen und gesellschaftlichen Umfelds.

Diesem Vermächtnis trägt die Stiftung heute Rechnung. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## **Anreize statt Verbote - Ampel gängelt Bürger**

Zwang zum Austausch von Öl- und Gasheizungen, Verbrenner-Aus, Werbeverbot für Naschereien – in ihrer Politik setzt die Ampel-Koalition gerne auf Verbote. In einer aktuellen Stunde des Bundestages zeigte die CDU/CSU-Fraktion, dass diese Politik an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei geht. Die Union will stattdessen den mündigen Bürger stärken, indem sie vernünftige Verhaltensweisen fördert.

Für eine Politik des gesunden Menschenverstands warb die umweltpolitische Sprecherin Anja Weisgerber. Als Stichworte nannte sie Freiheit, Technologieoffenheit, Verhaltensanreize. Es gehe darum, die Bürger auf dem Weg in die Klimaneutralität mitzunehmen. Mit Verboten jedoch verspiele die Ampel die Akzeptanz für den Klimaschutz. „Wenn wir die Menschen verlieren, schaden wir der Gesellschaft und dem Klima“, betonte Weisgerber.

Thomas Gebhart unterstrich, dass Heizen natürlich schrittweise klimaneutral werden müsse. Dabei müsse man aber realistisch vorgehen. Der Zwang zum Austausch alter Öl- und Gasheizungen, wie die Ampel ihn plane, sei jedoch „nicht umsetzbar, weder personell noch technisch“, sagte der Obmann im Ausschuss für Klima und Energie unter Berufung auf das Handwerk. Wärmepumpen seien nicht lieferbar, Fachkräfte fehlten. Hinzu komme, dass sich Wohnungseigentümer oder Mieter den Umstieg auf eine andere Heiztechnik oft gar nicht leisten könnten – zumal er in vielen Fällen mit umfangreichen Sanierungen einhergehe. „Das sorgt

bei den Menschen für Verunsicherung und Angst“, warnte Gebhart.

Der CDU-Experte sprach sich für gezielte Förderung aus, wenn Bürger den Umstieg aus eigenem Antrieb planten. Die Ampel hingegen habe ein Förderchaos angerichtet, indem sie Prämien für energieeffizientes Bauen und Sanieren sogar gekürzt habe. Das habe die Menschen „total verunsichert“. Sanierungen seien um 65 Prozent eingebrochen.

Gegen ein Verbot des Verbrennermotors sprach sich Anja Weisgerber aus. Viele Menschen könnten sich den Kauf eines neuen Elektroautos nicht leisten. Wenn die Klimaziele erreicht werden sollten, müssten deshalb die Fahrzeuge, die auf dem Markt seien, synthetische und Biokraftstoffe tanken können. Auf dem Weg zur Klimaneutralität „müssen wir alle Optionen ziehen“, forderte die CSU-Politikerin. Für die deutsche Exportwirtschaft könne die Technologieoffenheit auch Chancen bieten.

Gegen das von der Koalition geplante Werbeverbot für Süßigkeiten und Snacks wandte sich die CDU-Expertin Christina Stumpp. Sie sprach sich dafür aus, Kindern Kompetenzen im Umgang mit gesunder Ernährung zu vermitteln, statt Werbung aus ihrem Alltag zu verbannen. Im Kampf gegen Übergewicht bei Kindern setzt Stumpp auf Ernährungsbildung und Bewegung. Als Widerspruch brandmarkte sie, dass die Ampel gleichzeitig Cannabis legalisieren will, ohne die gesundheitlichen Gefahren in den Blick zu nehmen. ■

---

## **49-Euro-Ticket: Union setzt wichtige Verbesserungen durch**

Der Bundestag hat in dieser Woche mit den Stimmen der Ampelmehrheit das Gesetz zur Einführung des 49-Euro-Tickets beschlossen. Die Unionsfraktion stimmte gegen den Gesetzentwurf. Hauptgrund war, dass die vielen Milliarden Euro jedes Jahr, die Bund und Länder für die Ticketsubventionen ausgeben, für den Erhalt und die Ausweitung des Angebots des ÖPNVs fehlen. Damit erweist das Ticket dem ÖPNV einen Bärendienst. Im Herbst sagte Ministerpräsident Kretschmann, dass das Land den im grün-schwarzen Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs nicht leisten könne, weil man jetzt jedes Jahr mindestens 178 Mio. Euro Landesgeld in die Ticketsubvention stecken müsse.

Die Union hatte im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens drei Verbesserungen erreicht: Zum einen hat die Ampel

nun endlich die benötigte Tarifvorgabe in das Gesetz geschrieben. Damit haben die Verkehrsunternehmen die rechtliche Sicherheit, dass sie das Geld für ihre Fahrten auch bekommen - das ist für sie überlebenswichtig. Außerdem wurde durch den Druck der Union in den Bund-Länder-Verhandlungen erreicht, dass auch die sogenannten Werksverkehre vor Ort in das Ticket aufgenommen werden können. Das ist vor allem für Baden-Württemberg ein gutes Zeichen. Drittens hatte die Bundesregierung erklärt, dass die Aufnahme von Taxen zur Sicherung der Daseinsvorsorge Ländersache sei und dass diese darüber entscheiden könnten - auch das ein wichtiger Punkt gerade für die ländlichen Räume. Die Länder sollten dies nutzen. Dennoch bleiben viele Fragen offen. Nicht zuletzt, wie die langfristige Finanzierung des Tickets gesichert werden soll und wie die Länder in Zukunft den ÖPNV erhalten bzw. ausbauen können. Deshalb hatte die CDU/CSU-Fraktion dem Gesetzentwurf letztendlich nicht zugestimmt. ■